

größere Zahl von Soldaten infolge der Hitze. Ein Einjährig-Freiwilliger, der anscheinend noch gesund in die Kaserne zurückkehrte, ist während der Nacht gestorben; zwei Reservisten sind ernstlich erkrankt. Nach einer amtlichen Meldung sind die Erkrankten — etwa 60 Mann — meist Reservisten. Bei einem großen Teil handelt es sich um Wundstauungen der Hitze, bei den übrigen um Erschöpfung. In Ditzschlag und ähnlichen Erscheinungen ist nur ein Mann erkrankt. Die Obduktion des nachts an Herzschwäche verstorbenen Einjährigen ergab eine ausgedehnte beginnende Lungenentzündung.

Diese amtliche Darstellung genügt gerade, um zu zeigen, daß dem Regiment ganz außerordentliche Anstrengungen zugemutet worden sind.

Russische Viehwirtschaften. Die drei Aufsätze des Berliner Ballons Tschudi, die am Sonntag im Kreis Laßow von den russischen Ortsbehörden in Haft genommen wurden, weil sie im Ballon die Grenze überflogen hatten, sind Dienstag nachmittag aus dem Gefängnis entlassen worden und haben die Rückreise nach Berlin angetreten.

Ein ungetreuer Sohn der Kirche. Der modernistische Theolog Professor Hugo Koch ist infolge eines Konflikts mit der Kirche von seiner Stelle als ordentlicher Professor der Kirchengeschichte und des Kirchenrechts in Trausberg auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden. Er wird nunmehr sich zu dauerndem Aufenthalt in München niederlassen.

Kleine politische Nachrichten. Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrat Eckhardt ist in Mannheim im 88. Lebensjahr gestorben. — Der Walbacher Gemeinderat hat den vom Kaiser wegen seiner deutsch-feindlichen Haltung nicht bestätigten Bürgermeister Driber abermals gewählt. — Eine Versammlung von Vertretern der tschechischen Minderheit im nordwestböhmischen Kohlengebiet beschloß, einen Schulstreik zu veranstalten, falls die Regierung sich weigere, die tschechischen Schulforderungen zu erfüllen. — Wie Tamin meldet, wird das türkische Marineministerium 20 Transportschiffe ankaufen.

Rußland.

Neue Schlachtschiffe.

Petersburg, 31. August. Im Marineministerium werden mit großer Beschleunigung Pläne für vier neue Schlachtschiffe für die Schwarze-See-Flotte ausgearbeitet. Die Kosten für diese Schlachtschiffe sollen pro Stück 12 Millionen Rubel betragen. Ferner soll die Schwarze-See-Flotte eine große Unterwasserflotte erhalten. Der Bau dieser Flottille wird einem Petersburger Werk übertragen werden.

Belgien.

Ein bürgerlicher Schwachfuß.

Brüssel, 30. August. In der heutigen Nachmittags Sitzung der Interparlamentarischen Union erstattete Dr. Pacheco Bericht über die Neutralisation der Meereengen und der interozeanischen Kanäle. Es wurde eine Resolution angenommen, in der verlangt wird, daß im Interesse der Allgemeinheit und des Handels alle Meereengen und interozeanischen Kanäle nach Möglichkeit unter das gleiche Regime der Neutralisation gestellt werden, wie der Suezkanal, der Panamakanal und die Magellanstraße. Sodann wurde eine Kommission eingesetzt, die diese Frage prüfen, Vorschläge ausarbeiten und der nächsten Konferenz darüber Bericht erstatten soll.

Portugal.

Die Wahlen.

Lissabon, 30. August. Die bis jetzt feststehenden Wahlergebnisse scheinen im Grunde eine Niederlage der Regierung zu bedeuten. Die Republikaner gewinnen zehn Abgeordnete allein für Lissabon; insgesamt dürften sie fünfzehn Mandate erhalten. Was jetzt steht fest, daß der Oppositionsblock 99 Deputierte gewann. Die Regierung hat höchstens zwei Stimmen Mehrheit, wenn überhaupt eine solche vorhanden sein wird, da die Gesamtzahl der Deputierten nur 153 beträgt. Seit dem Bestehen des Parlamentarismus ist dies das erste Mal, daß die Wahlen ohne Durchzählung gemacht wurden. Die Lage der Regierung scheint ernst, da sie ohne eine Mehrheit die Kammern nicht eröffnen kann. Es ist deshalb wohl eine neue Ministerkrise zu erwarten. Im Vergleich mit diesem sensationellen Wahlergebnis sind die Unruhen in Covilha nichtsagend, namentlich da sich die ersten hier eingelaufenen Meldungen als fast übertrieben herausstellten. Ein ein Privattelegramm von dort berichtet, ist nur ein Mann verwundet.

Dem Berliner Tageblatt wird dazu noch aus Paris berichtet: Im Distrikt von Lissabon erhielten die Republikaner 4194 Stimmen, während die Regierungspartei 1057 und der konservative Block nur 829 erhielten. Im Bezirk von Lissabon wurden 1074 republikanische Stimmen abgegeben, die Regierung erhielt 928, der konservative Block 416. Auch in Coimbra, wo die königliche Familie und viele Hofbeamte wohnen, fiel den Republikanern die Majorität zu.

Türkei.

Der Boykott gegen Griechenland.

Konstantinopel, 30. August. Hier und in der Provinz zeigt sich seit einigen Tagen eine Verschärfung des antigrichischen Boykotts. Das Pressbureau der Pforte bezeichnet die aus Athen kommende Nachricht, daß die Beteiligung der türkischen Behörden des Wilajets Janina an der Boykottbewegung erwiesen sei, als unrichtig.

Marokko.

Ein neues spanisches Marokkoabenteuer?

Paris, 31. August. Man berichtet aus Tanger über bedeutende Truppenbewegungen in Ceuta. Sämtliche Garnisonen sind bereits seit Monaten verstärkt worden, während andererseits ein wirkliches Konzentrationslager in Algeciras geschaffen wird.

Sächsische Angelegenheiten.

Wildgewordene Antisemiten.

Das so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende Organ der sächsischen Antisemiten, die Deutsche Reform, ist über den Ausfall der Wahl in Zschopau-Marienberg natürlich wütend. Das ist um so begreiflicher, als den Lesern dieses Blättchens während des Wahlkampfes fortgesetzt erzählt wurde, daß die Ausschichten der Antisemiten geradezu glänzend seien. Die ganze Schale ihres Jornes gießen die Antisemiten aber über die Liberalen aus. Nachdem der antisemitische Stipendiat des Bundes der Landwirte dem fortschrittlichen Kandidaten die Gelder des Hansabunds vorgeworfen hat, fährt er fort:

Der Wahlkampf in Zschopau-Marienberg hat der Reformpartei ein Mandat gestiftet: dem sächsischen Liberalismus kommt er teuer zu stehen, ihn bringt er um seine acht sächsischen Reichstagsmandate. Nicht einer der Peinige, Stresemann, Günther o tutti quanti wird der roten Fut von 1912 widersehen! Und sie sind wert, daß sie verschwinden.

Ganz unsere Meinung. Die Antisemiten sind das Verhängnis aber nicht minder wert. Sie bestehn in Sachsen noch die Mandate von Baugen (Gräfe) und Birna (Sanisch), von denen sie das letztere sicher schon selbst auf die Verlufliste geschrieben haben.

Agrarische Schwindelei.

Der Verbandskulturrat bestreitet natürlich das Vorhandensein einer Fleischnot. In seinem Organ äußert er sich: „So groß die Verdienste der Landwirtschaft um den Staat sind, so gefährlich sind auch die Angriffe, denen sie in neuerer Zeit fortgesetzt ausgesetzt ist. Gegenwärtig ist es wieder einmal die sogenannte Fleischnot, die hierzu als Anhalt dienen muß, obwohl im großen ganzen bis in die neueste Zeit hinein die Viehproduktion der deutschen Landwirtschaft mit der Vermehrung der Bevölkerung nicht nur Schritt gehalten, sondern diese sogar übertraffen hat. Der Fleischverbrauch pro Kopf ist dementsprechend auch fast ununterbrochen gestiegen. Dabei entstammten rund 66 Prozent aus deutscher Produktion und nur 5 Prozent lieferte das Ausland. Ganz zutreffend ist, so wird weiter ausgeführt, die Erklärung des Schlachthofdirektors von Berlin, der ausgeführt haben soll, daß seiner Ansicht nach ein Mangel an Vieh in Deutschland nicht bestehe. Es sei vielmehr die Ursache der Viehknappheit darin zu suchen, daß die Landwirte ihr Vieh in den Ställen zurückbehielten. Das aber habe wiederum seinen Grund darin, daß die Futtermittel im vorigen Jahre sehr schlecht ausgefallen sei. Deswegen hätten die Landwirte schon im Winter ihren Viehbestand verringert. Da nun in diesem Jahre die Futtermittel gut sei, hätten die Landwirte sich bemüht, ihren Viehbestand wieder so bald wie möglich zu ergänzen. Darum hielt es mit dem Verlaufe von Vieh zuzunehmen. So nur sei die irrtümliche Ansicht entstanden, daß in Deutschland ein Mangel an Vieh herrsche.“

Die Behauptung des Verbandskulturrats von dem ständig steigenden Fleischkonsum sind ebensolcher Schwindel wie die Behauptung, daß die Viehproduktion mit der Bevölkerungs Zunahme nicht nur gleichen Schritt gehalten, sondern sie sogar noch übertraffen habe. Der gegenwärtig besonders empfindliche Mangel an Schlachtwiehl ist allerdings mit auf die Latsche zurückzuführen, daß die Landwirte das Vieh zu Jungviehweiden in den Ställen zurückhalte. Das wäre aber nicht nötig, wenn nicht auch die Futtermittel mit hohen Zöllen belastet wären. Wären die Futtermittel zollfrei, dann bräuchten die Landwirte ihr Vieh nicht zu schlachten, wenn die heimischen Futtermittel knapp sind. Total falsch ist aber, daß aus anderen Ländern kein Schlachtwiehl zu bekommen sei, weil dort ebenfalls Viehmangel herrsche. Aus Dänemark z. B. könnte Deutschland jederzeit Schlachtwiehl nach Wunsch erhalten. Doch die Agrarier verhindern die Einfuhr unter der Angabe, daß das fremde Vieh eine Gefahr der Viehpest für die heimischen Viehbestände bedeute. Dabei sind die Viehbestände nirgends so verheert wie in Deutschland. Als Hauptimportland für Schlachtwiehl käme aber Amerika in Betracht, das jeden Bedarf zu befriedigen in der Lage wäre. Nach alledem kann es gegenüber der herrschenden Fleischsteuerung nur eins geben: Doffnung der Grenzen!

Ein „nationales“ Denunziantenstückchen.

Das Organ der „Gelben“, die Nationale Volkszeitung in Crimmitschau, brachte in einer seiner letzten Nummern eine Notiz, worin es die Mitglieder des Crimmitschauer Stadtmusikchors als sozialistenfreundlich bezeichnete, weil sie dem „sozialdemokratischen“ Musikerverbande als Mitglieder angehörten. Auf diese denunziatorische Notiz hin bringt jetzt der Musikdirektor Künze im Crimmitschauer Anzeiger eine Erklärung dahingehend, daß der Inhalt der Notiz von K bis Z erfunden ist. Es gehörten die meisten Mitglieder des Crimmitschauer Stadtmusikchors der Deutschen Musikervereinigung an, die aber alles eher als sozialdemokratisch sei, zumal ihr hervorragende Musikprofessoren, Theaterorchestrierer der größten Städte Deutschlands usw. als Mitglieder angehörten. Daß aber außerdem noch Mitglieder des Stadtmusikchors sozialdemokratisch organisiert seien, bestritten diese ganz entschieden. Da der Musikdirektor noch ankündigt, daß der Nebakter des „gelben Papiers“ seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen haben werde, wird diese Angelegenheit noch ein geringliches Nachspiel haben.

Eine famose Amtshauptmannschaft.

Vor dem Landgerichte Zwickau hatten sich sieben Gastwirte aus dem Müllengrunde, sowie der Kaufmann Frischke aus Chemnitz wegen Aufstellung von Glücksspielautomaten zu verantworten. Frischke hatte, wie er angab mit Erlaubnis der Behörden, den Geldspielautomat Komet an die Gastwirte abgegeben. Käufer und Verkäufer handelten in gutem Glauben, da sie von der Amtshauptmannschaft die Erlaubnis zum Aufstellen der Apparate erhalten hatten. Trotzdem mußte Verhaftung erfolgen, da das Gericht der Ansicht war, daß der genannte Automat kein Glücksspiel, sondern ein Glücksspiel ist. Frischke wurde zu zwei Tagen, die Gastwirte zu je einen Tag Gefängnis verurteilt.

Nun sage einer, daß wir nicht in einem Rechtsstaate leben!

Unfallverhütung im Baugewerbe.

Die sächsische Baugewerkschaftsgenossenschaft zählte im Verichtsjahe 11 070 katastrische, revisionspflichtige Betriebe. Dazu kamen noch 844 angemeldete Regiebauten. In diesen Betrieben waren zusammen ca. 113 000 Arbeiter beschäftigt. Von diesen sind nur 5020 Betriebsstätten mit ca. 85 000 Arbeitern einer Besichtigung unterzogen worden, somit nur 40,8 Prozent der revisionspflichtigen Betriebe. Bei 1278 der Revisionen handelte es sich um Nachrevisionen, das heißt wiederholte Revisionen. Ein Mangel unserer Unfallverhütung ist, daß die technischen Aufsichtsbeamten mit allerlei sonstigen Nebenbeschäftigungen belastet werden. So mußten sie 1804 Kohlenrevisionen vornehmen, wozu 509 Tage notwendig waren, ferner 777 Kontrollen der Rentenempfänger usw., so daß zu den Betriebsrevisionen nur 709 Tage übrig blieben. Nach dem Bericht sind die von der Bauarbeiter-Schutzkommission erstatteten Anzeigen sofort geprellt worden, sie hätten sich aber vielfach (!?) als unbegründet oder übertrieben erwiesen. Bei den Bohndrehrevisionen habe sich ergeben, daß insgesamt ca. 300 000 Mt. Röhre von den Unternehmern zu wenig angegeben worden waren. Die hauptsächlichsten Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften betrafen: fehlerhaftes oder unterlassenes Abdecken von Öffnungen und Vertiefungen, unvorschriftsmäßiger Gerüstbau, Fehlen von Schutzeinrichtungen usw.

„Unabhängige“ Lehrer. In der Leipziger Lehrerzeitung lesen wir: „Der Bezirkslehrerverein Radeburg will einen neuen Vorstehenden wählen. Bisher hatte ein Lehrer dieses Amt inne. Den Direktor hatte man früher in richtiger Erkenntnis der Sachlage als Leiter des Vereins abgelehnt. Im letzten Jahre war dieser Herr nur zweimal in den Sitzungen erschienen. Bei Beginn der Wahlhandlung verläßt er — in falscher Vorahnung des Kommenden — die Sitzung. Sofort stürzen zwei Lehrer vom Dorfe hinter ihm her und erlangen draußen von ihm die Zusage, daß er eine auf ihn fallende Wahl annehmen würde. Lehrer vom Dorfe schlagen den Herrn Direktor vor. Ein sogenannter Kirchschullehrer bekämpft die Kandidatur eines Lehrers, weil dieser vor fünf Jahren schwer krank gewesen sei und daher der Schonung bedürfe! Endlich erfolgt Abgabe der Stimmzettel. Von 22 abgegebenen Stimmen lauten 14 auf den abgewählten Direktor. Acht Lehrer wollten einen Lehrer zum Vorstehenden ihres Vereins haben. So geschah im Sommer 1910. Führt nicht jetzt der Hauptverein einen erbitterten Kampf um die Selbständigkeit des Lehrers? Die 14 Rathgeber von Radeburg vor die Front!“

Militärische Übungen während der Ernte. Der Ständige Ausschuss des Verbandskulturates beschäftigte sich dieser Tage u. a. mit einem Schreiben des landwirtschaftlichen Vereins zu Sabidorf, worin Beschwerde geführt wird, daß Landwirte in der Zeit der Ernte zu militärischen Übungen einberufen worden sind. Es wurde beschlossen, das Ministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß im Hinblick auf den immer noch herrschenden Lebensmittelmangel, von dem die bäuerlichen Betriebe besonders schwer getroffen werden, während der Erntezeiten die Einziehung von Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern nach Möglichkeit vermieden wird, bezw. daß die bezüglichen Befreiungsgesuche tunlichst Berücksichtigung finden.

Zwickau. Die Verhandlungen zwischen den Gemeinderäten von Oberplanitz und Niederplanitz wegen einer Verschmelzung beider Gemeinden sind, obwohl diese bereits Kirchen- und Schulwesen gemeinsam haben, gescheitert.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Einen suchbaren Selbstmord beging in Dresden der 38 Jahre alte Schuhmachermeister Reinhold Schneider. Der Unglückliche schritt sich in seiner Wohnung mit einem Schuhmachermesser die Kehle bis auf den Genickswirbel durch. Er wurde verblutet aufgefunden. — Eine wildgewordene Kuh hatte sich beim Verladen auf der Station Hainbühl losgerissen und war durch Freiberg nach Brand zu gerannt. Unterwegs hatte sie einige Leute, die sich ihr in den Weg stellten, zu Boden geworfen. Auf der Brandener Straße versuchte der 40 Jahre alte Milchfuhrer Herklotz, das rasende Tier aufzuhalten. Es schien, als ob sich die Kuh nun fangen lassen wollte, denn sie ging ganz langsam auf Herklotz zu. Ganz plötzlich aber spielte sie den Nichtsnachenden mit den Hörnern auf und warf ihn rücklings über sich hinweg, so daß er schwer verletzt und bewußtlos auf der Straße liegen blieb. Dann drang das rasende Tier in einen Garten ein und ging hier noch auf einen Oberschwelzer los, der es zu fangen versuchte. Man sah sich schließlich genötigt, das rasende Tier zu erschließen. —

Aus den Nachbargebieten.

Eine Kriegserklärung.

In Altenburg liegen seit Jahren Sozialdemokraten im Stadtordeputiertenrat. Ihrer Stärke entsprechend wurden auch Vertreter von ihnen in den Schulvorstand gewählt. Darüber schämte die Landesregierung, das Organ aller Reaktionäre, vor Gut. Es dürfe, heute sie, nicht gebildet werden, daß diese Revolutionäre und Affekten im Schulvorstande säßen. Die die Ausführung eines Befehls lieft sich eine Bekanntmachung, die die Regierung jetzt im Amtsblatte erlassen hat und also ausbleibt:

Bekanntmachung.

Die Aufgabe der Volksschule besteht nicht bloß darin, der heranwachsenden Jugend ein bestimmtes Maß von Kenntnissen zu verschaffen, sondern sie soll nicht minder ihre Anbefohlenden auf der Grundlage des Christentums heranzubilden zu sittlich-religiösen und vaterlandsliebenden Persönlichkeiten.

Die Schulvorstände sind berufen, hierbei mitzuwirken und die neuere Gesetzgebung lenkt die Wahl vorzugsweise auf solche Schulgemeindeglieder, welche an der Entwicklung des Volksschulwesens als Väter ein eigenes Interesse haben oder das Volksschulwesen besonders kundig sind.

In mehrfachen Erlassen haben wir die Wahl von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei in die Schulvorstände für nicht unbedingt unzulässig erklärt und nur auf die Möglichkeit einer Enthebung vom Amte im Falle der Pflichtverletzung hingewiesen.

Wenn indes neuerdings auch Ältere und berufsmäßige Kandidaten der Sozialdemokratie in Schulvorstände gewählt sind, so müssen sich dagegen erste Bedenken erheben.

Die sozialdemokratische Partei bezeichnet sich selbst als eine revolutionäre. Das hiesige sozialdemokratische Blatt fordert in Nr. 100 auf, das Ministerium zu befehlen und eine deutsche Republik zu errichten. In ihren Rundgebungen, ihrer Presse und ihren Versammlungen schmäht und verlebt die sozialdemokratische Partei alles patriotische Empfinden. Im Gegensatz zu ihrem eigenen Programm verbreitet sie Haß und Verachtung der christlichen Religion.

Personen, welche berufsmäßig solche Anschauungen vertreten, sind nicht geeignet, die einigungsbezogenen Aufgaben der Volksschule auf dem Gebiete der Erziehung zu fördern.

Ähnliche Bedenken machen sich geltend bezüglich der Wahl von Gottesläugnern.

Wir erwarten, daß die zur Wahl der Schulvorstände mitglieder berufenen Körperschaften im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für die Zusammenfassung der Schulvorstände die vorstehend dargelegten Gesichtspunkte bei Vornahme der Wahlen berücksichtigen.

Altenburg, den 20. August 1910.
Herzoglich Sächsisches Ministerium, Abteilung für Kultusangelegenheiten.
v. Borries.

Hierzu bemerkt unser Altenburger Parteiblatt:

Wir nehmen die Herausforderung an! Glaubst man wirklich, durch solche Erlasse, durch K u s n a h m e b e f e i m u n g e n gegen die Sozialdemokratie, die allgemeine Empörung, die nun schon seit Jahrzehnten in den Massen kocht, und die immer höher schäumt, einzudämmen? Düngegesetzgebung, Absolutismus, Verminderung der Schule! Hatt ihr nicht noch mehr Agitationsstoff für uns? Nein solchen Absichten gegenüber müßten die Arbeiter nur noch lauter als bisher rufen: Nieder mit der Reaktion, nieder mit dem hannoverschen Rudertum, nieder mit den Volksfeinden! Her mit der freien Erziehung der Jugend!“

Altenburg. Auf der Grube Germania im benachbarten Gorna wurde der Hauer Rödel von plötzlich hereinbrechenden Kohlenmassen verschüttet. Trotz sofort angeforderter Rettungsversuche konnte nur die Leiche des Bergarbeiters, der den Erstickungstod erlitten hat, geborgen werden. Er hinterläßt Frau und Kind.

Freiz. Die aus dem Verwaltungsbericht der Stadt ersichtlich ist, haben im Jahre 1909 129 Personen um Erlaß der Romunalanlagen nachgesucht. Von den Gesuchen wurden 118 berücksichtigt. Von den Gesuchen kamen 79 auf die Steuerklassen bis 500 Mt., 28 auf die Steuerklassen von 500 bis 1274 Mt., während sich der Rest auf die Klassen zwischen 1275 und 4799 Mt. verteilte. Zwei Drittel der Gesuche kamen also rund auf die Hungereinkommen, von denen eine direkte Steuer überhaupt nicht erhoben werden sollte. Der Stadtgemeinde entging dadurch eine Einnahme von 641.05 Mt. — Energisch ist gegen die Steuerhinterzieher vorgegangen worden. Nach dem Verwaltungsbericht ist in 43 Fällen das Nachzahlungs- und bezw. Strafverfahren eingeleitet worden. Im Jahre 1908 geschah dies nur in 17 Fällen. 1908 flossen der Gemeindefasse durch das Nachzahlungsverfahren 20 887 Mt. zu; im Jahre 1909 bei den vielen Fällen dagegen nur rund 5077 Mt.

Nordhausen. Ein junger Mann, R., der sich in Restaurationen als Degenklucker, Feuerkresser u. dergl. produziert, gab in einer Wirtschaft der Unterstadt seine Ränke zum besten. Unter andern nahm er trotz der Warnung der Gäste Benzol in den Mund und setzte die gefährliche Flüssigkeit in Brand, um das Feuer dann anzuspitzen. Das Experiment gelang jedoch nicht; die Flamme schlug aus dem Munde.